

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 12.12.2013
Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1
Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 20:10 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsmitglieder:

Prof. Dr. Hans Günter Appel, Heide Bastrop, Anne Bödecker,
Udo Borkenstein, Manfred Buß, Peter Eggerichs, Thomas Eggers,
Michael Fischer, Horst-Dieter Freygang, Martin von Heynitz, Horst Herckelrath,
Axel Homfeldt, Bernhard Jongebloed, Janto Just, Kirsten Kaderhandt,
Anja Kindo, Elena Kloß, Dieter Köhn, Anne Krüger, Dörthe Kujath,
Thomas Labeschautzki, Hans Müller, Joachim Müller, Heinrich Ostendorf,
Wolfgang Ottens, Susanne Riemer, Elfriede Schwitters,
Frank Michael Stubenhöfer, Melanie Sudholz, Ralf Thiesing, Frank Vehoff,
Andrea Wilbers, Karl Zabel

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller, StOAR Elke Idel, VA Uta Bohlen-Janßen,
VA Heide Schröder-Ward, StOAR Thomas Berghof,
BOAR Theodor Kramer, GB Julia Ingensiep, VA Ingrid Eggers

Es fehlt entschuldigt:

RM Sandra Muschke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
RV Fischer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
RV Fischer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RV Fischer stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 31.10.2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen geäußert.

6. Bericht des Bürgermeisters

- 6.1. Herabstufungskonzept B 210

Nach der Inbetriebnahme der B 210 neu wird nach Absprache mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Aurich und dem Landkreis Friesland das abgestimmte Herabstufungskonzept bis zum 30.04.2014 umgesetzt. Hierzu gehören z. B. die baulichen Maßnahmen, die einen Rückbau der Oldenburger Straße vom Kreisel auf der alten B 210 bis zum Ortsausgang Jever betreffen. Die Einzelheiten hierzu werden dem Fachausschuss vorher zur Beratung vorgelegt. Dazu gehört dann auch der Umfang der baulichen Maßnahmen, die vor Übernahme durch die Stadt durch den bisherigen Träger der Straßenbaulast auf dessen Kosten zu erledigen sind.

Die vorgesehene Anbindung vom Kreis auf der alten B 210 bis zur Plaggestraße hat gute Chancen auf Umsetzung im kommenden Jahr. Der Landkreis Friesland hat hierfür Haushaltsmittel in seiner Haushaltsplanung für 2014 in Höhe von 900.000 Euro und für das Jahr 2015 in Höhe von 600.000 Euro vorgesehen. Der Eigenanteil der Stadt Schortens in Höhe von 270.000 Euro für Straßenbau (Lärmschutzwand, Fußgängerampel, Bushaltestellen) und Straßenbeleuchtung ist ebenfalls in dem heute zur Verabschiedung vorliegenden Haushaltsplan für 2014 vorgesehen.

- 6.2. Wiederaufnahme Planfeststellungsverfahren wegen Bau einer 380 KV-Leitung (Tennet)

Das Unternehmen Tennet hat mitgeteilt, dass das vor einigen Jahren vorläufig eingestellte Planfeststellungsverfahren wegen Neubau einer 380 KV-Leitung ausgehend vom Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven wieder aufgenommen wird. Nach den ersten Informationen quert die neue Leitung die Autobahn an der Stadtgrenze zu Wilhelmshaven im Bereich Roffhausen und führt dann im Bereich des Bebauungsplangebietes Nr. 100 in Ostiem entlang der Autobahn. Nach offizieller Wiederaufnahme des Verfahrens werden die Details der Planungen zu gegebener Zeit im Fachausschuss beraten. Das wird voraussichtlich im kommenden Jahr der Fall sein.

6.3. Sozialpädagogik an Grundschulen

Aufgrund einer Stellenvakanz war in den letzten Monaten eine sozialpädagogische Betreuung an den Grundschulen Sillenstede, Roffhausen und Jungfernbusch nicht möglich.

Nach entsprechender Beratung im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss hat der Verwaltungsausschuss am 10. Dezember 2013 beschlossen, dass auch an diesen Schulen ab dem nächsten Schulhalbjahr, also ab dem 01.02.2014, die Schulsozialarbeit mit jeweils 6 Stunden pro Woche und Schule wieder aufgenommen wird.

Durch entsprechende Aufgabenumverteilung werden die Aufgaben künftig von den Pädagogen des „Pferdestalls“ übernommen.

6.4. Nutzung des Bürgerhauses als temporäres Kino

Ebenfalls in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 10.12.2013 wurde die Einrichtung eines temporären Kinos im Bürgerhaus in Form eines Kino-Clubs beschlossen. Danach sollen im I. Quartal 2014 zunächst ca. fünf Veranstaltungen stattfinden. Hierbei gibt es neben Kinovorstellungen im Rahmen des Seniorenpasses auch Angebote für Kinder/Jugendliche und Familien.

Die Anregung einer Bürgerin aus der letzten Ratssitzung wurde also von den Ratsgremien positiv aufgenommen und umgesetzt.

Die Verwaltung ist beauftragt worden, zu gegebener Zeit über Erfahrungen dieses neuen Angebotes zu berichten.

6.5. Mögliche Reduzierung der Anzahl der Spielplätze/Elternbeteiligung

Aufgrund des demografischen Wandels und mit Blick auf eine mögliche Kostenreduzierung wurde die Verwaltung durch den Verwaltungsausschuss beauftragt, unter Beteiligung der Elternschaft Vorschläge zur Reduzierung der Anzahl der Spielplätze in der Stadt Schortens zu prüfen und das Ergebnis bis zum 28.02.2014 vorzulegen.

6.6. Postfiliale Mühlenweg

Die Deutsche Post hat mitgeteilt, dass die Postfiliale am Mühlenweg ab Mitte Januar in die Räume des Edeka-Marktes im gleichen Gebäude umziehen wird.

6.7. Sachstand Baumaßnahmen

Der Mitfahrerparkplatz am neuen Kreisverkehr an der alten B 210 wurde bis auf Restarbeiten durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr fertig gestellt. Die Nutzung ist voraussichtlich ab Mitte Januar 2014 möglich.

Der Eigenanteil der Stadt Schortens an dieser Baumaßnahme mit Kosten in Höhe von insgesamt 245.000,00 Euro beträgt rd. 15.000,00 Euro. Darin sind u. a. die Kosten für Fahrradständer und die Beleuchtung enthalten. Erstellt werden soll noch eine entsprechende verkehrliche Anbindung für Fahrradfahrer/-innen.

Der Eigentümer der „Schumachersiedlung“ in Upjever, die Friesenpark GmbH, hat die Sanierung des Kanals mit einem Kostenaufwand von mehr als 1 Mio. Euro bis auf Restarbeiten im Bereich von Privatgrundstücken fertig gestellt. Eine abschließende Beratung des Bebauungsplanes Nr. 117 „Wohnsiedlung Upjever“ wird im Planungsausschuss im Januar 2014 erfolgen können.

7. Vorlagen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 13.11.2013

7.1. Haushalt 2014, Investitionsprogramm und Haushaltssicherungskonzept **SV-Nr. 11//0902**

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Eggerichs, Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, teilt mit, dass die Unterdeckung des Ergebnishaushaltes bei knapp 1 Mio. Euro liegt und damit wesentlich geringer ist als vor einem Jahr. Damit habe man die erste Vorgabe des Landkreises, die Unterdeckung jährlich zu reduzieren, erfüllt.

Wenn man von der Summe aller Investitionen die Investition Aqua-Toll subtrahiert, dann erhält man einen Betrag von ca. 800.000 Euro und erfüllt damit eine weitere Forderung des Landkreises, die zusätzlich zum Aqua-Toll maximal eine Million Euro an Investitionen zulässt. Nicht erfüllt werde hingegen die dritte Forderung des Landkreises, nämlich die Reduzierung der Ausgaben für freiwillige Leistungen und der damit verbundenen Personalkosten. Dies werde der Landkreis sicherlich missbilligen. Dennoch sei seitens des Rates und der Verwaltung eine möglichst zeitnahe Genehmigung des Haushaltes erwünscht.

Zum Schuldenstand führt er aus, dass dieser am 31.12.2014 bei ca. 15 Mio. Euro liegen wird. Die Tilgung dürfe dabei nicht unberücksichtigt bleiben. Derzeit sei davon auszugehen, dass es ab 2015 eine Wende im Ergebnishaushalt geben wird und Überschüsse erzeugt werden. Er gibt zu bedenken, dass es sich hierbei jedoch um eine Momentaufnahme handelt. In der Beratung zum 2. Nachtragshaushalt im Oktober dieses Jahres habe er bereits geäußert, dass sich die Stadt Schortens haushaltsmäßig auf einem guten Weg befindet. Die wichtigste Summe im 2. Nachtrag sei die Unterdeckung gewesen, die sich um mehr als 1 Mio. Euro verringert hat und es sei davon auszugehen, dass diese Summe auch am 31.12.2013 noch Gültigkeit haben wird.

Im Oktober sei jedoch nicht über Investitionsprogramme, Finanzplanung etc. gesprochen worden, sondern hauptsächlich über Korrekturen in einzelnen Teilhaushalten.

Er betont, dass der Haushalt 2014 in die richtige Richtung geht, es auf diesem Weg aber noch einige Unwegbarkeiten und Unsicherheiten gibt. Hierzu geht er näher auf das Freizeitbad „Aqua-Toll“ ein, für das noch kein endgültiger Beschluss vorliegt.

Beim Gebäudemanagement bestehe die Möglichkeit, einzelne Maßnahmen in das nächste oder übernächste Jahr zu verschieben.

Eine vollständige Sanierung des Freizeitbades „Aqua-Toll“ könne man jedoch nicht stoppen, wenn es zu Kostenerhöhungen kommt. Die endgültigen Auswirkungen seien erst nach Fertigstellung zu erkennen, wenn alle Kosten bekannt sind.

Eine weitere Unsicherheit bestehe bei den erforderlichen Kosten für Gebäudesanierungen und Straßenunterhaltung. Es sei noch nicht bekannt, ob diese Maßnahmen dem Ergebnishaushalt zuzuordnen sein werden oder hierfür Investition getätigt werden müssen.

Er gibt zu bedenken, dass die derzeitige Niedrigzinsphase von begrenzter Dauer sein wird und eine Zinsanhebung negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Steuereinnahmen haben könnte. Daher könne man zum heutigen Zeitpunkt nicht verbindlich davon ausgehen, dass zukünftig tatsächlich Überschüsse im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden können.

Er unterstreicht, dass die derzeitige finanzielle Situation eigentlich zur Tilgung von Schulden genutzt werden sollte. Ziel sollte es sein, spätestens nach Fertigstellung der Maßnahme Aqua-Toll keine neuen Schulden aufzunehmen.

RM Freygang erklärt, dass die CDU dem Haushalt zustimmen wird, jedoch mit einigen Bedenken. Ergänzend führt er aus, dass die Steuereinnahmen seit einiger Zeit sprudeln, was insbesondere auf die Gewerbesteuererinnahmen zurückzuführen sei, die von 2,1 Mio. Euro auf etwas über 3,3 Mio. Euro angestiegen sind. Dennoch bestehe im Haushalt ein Fehlbedarf von 967.000 Euro. Dieser Betrag sei aus Sicht der CDU-Fraktion zu hoch, auch wenn sich dieser Betrag vermutlich noch durch höhere Gewerbeeinnahmen verringern wird.

Es sei erforderlich, den Schuldenstand zu betrachten, der am Jahresende bei 12 Mio. Euro und in wenigen Jahren schon bei etwas über 16 Mio. Euro liegen wird. Das sei eigentlich ein düsteres Bild. Nach Einschätzung seiner Fraktion bestehe zudem erheblicher Sanierungsbedarf, vielleicht Sanierungsstau. Angesiedelt möglicherweise beim Bürgerhaus, bei den Straßen, Schulen und Sportstätten. Dort sei einiges zu tun, was in der mittelfristigen Finanzplanung bisher nicht berücksichtigt werden konnte. Daher könne man die Frage in den Raum stellen, ob die Stadt Schortens nicht über ihre Verhältnisse lebt. Daher müsste man in den nächsten Jahren sicherlich viel tun und auch im Bereich der freiwilligen Leistungen etwas eindämmen. Insgesamt bleibe zu hoffen, dass die Kommunalaufsicht beim Landkreis Friesland diesen Haushalt möglichst zügig genehmigt, damit die Stadt Schortens handlungsfähig bleibt.

RM Just teilt mit, dass die BfB/UWG-Gruppe dem Haushalt nicht zustimmen wird, und zwar hauptsächlich weil keine Sparanstrengungen vorgenommen wurden. Bezug nehmend auf die Ausführungen seiner Vorredner bestätigt er, dass Rekorderinnahmen bei der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer und den Schlüsselzuweisungen erzielt wurden, derzeit ein sehr gute Konjunkturlage besteht und die Zinsen niedrig sind.

Dennoch habe die Stadt ein Defizit von fast 1 Mio. Euro für das kommende Haushaltsjahr eingeplant, obwohl sie in solch einer Situation ein Plus von 1 Mio. Euro einplanen müsste. Dies könne die Stadt Schortens aber nicht, weil sie selbst nicht dazu beiträgt, die viel zu hohen Ausgaben zu reduzieren.

Es sei schlimm, dass die Mehrheit damit offenbar zufrieden ist. Vor einem Jahr sei eine Senkung der viel zu hohen Personalkostenquote von inzwischen 33 % auf 25 % vereinbart worden. Diese Aufgabe sei jedoch nicht umgesetzt worden. Vielmehr seien unnötige Neueinstellungen vorgenommen worden und die Quote entweder verharret oder noch geringfügig gestiegen. Mit dieser Quote von 33 % statt 25 % lebe die Stadt mit Personalkosten in Höhe von 2 Mio. Euro über ihre Verhältnisse. Das seien die 2 Mio. Euro, die das Plus von 1 Mio. Euro, welches die Stadt bei dieser hervorragenden Steuer- und Konjunkturlage eigentlich haben müsste, in ein Minus verwandeln. Es sei kein Schritt getan worden, dieses fast einstimmig vom Rat beschlossene Haushaltsziel umzusetzen.

Er gibt zu bedenken, dass dieses Verhalten die Stadt aufgrund der zu erwartenden Zins- und Konjunkturumkehr und des Sanierungsstaus irgendwann einholen wird. Die Stadt müsse in diesen guten Zeiten Reserven aufbauen bzw. Schulden und Defizite abbauen.

RM Ottens erklärt, dass er dem Haushalt ebenfalls nicht zustimmen wird. In 2014 werde das Defizit niedriger sein als 2013. Jedoch müsse auch erwähnt werden, dass die alte Mehrheitsgruppe die Steuern erhöht hat und im Jahr 2013 die Kindertagesstättengebühren teilweise deutlich angehoben wurden. Auch seien im letzten Jahr keine größeren Personaleinsparungen erfolgt. Alles das führe lediglich zu einer geringfügigen Verbesserung des geplanten Defizits im Vergleich zum Jahr 2013. Das ist ihm zu wenig. Mit ein wenig mehr Sparwillen hätte seines Erachtens deutlich mehr erreicht werden können.

RM von Heynitz teilt mit, dass die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen - Anne Krüger – Anja Kindo“ dem Haushalt nicht zustimmen wird. Weiter führt er aus, dass die Stadt mit der langsamen Verringerung des Defizits im Prinzip in die richtige Richtung geht und die Gruppe dem Haushaltssicherungskonzept als Einzelpunkt wahrscheinlich sogar zustimmen könnte.

Die Gruppe sieht das ganz große Problem in der Summe von 6 Mio. Euro in den Jahren 2014 und 2015 für das Aqua-Toll. Sie werde in diesem Punkt konsequent bleiben, da diese Summe die Stadt in den Folgejahren einholen wird.

Im Grunde genommen stimme seine Gruppe dem Ansatz für das Aqua-Toll nicht zu, obwohl sie selbst einen Vorschlag mit einem Kostenrahmen von 4 Mio. Euro unterbreitet hat.

RM Prof. Dr. Appel gibt zu bedenken, dass in der Zukunft erheblicher Nachholbedarf für Bauten- und Straßenrenovierungen bestehen wird.

Er weist zudem darauf hin, dass die Einwohnerinnen und Einwohner immer älter werden und zukünftig mehr Rentner in der Stadt leben werden. Damit werde das Aufkommen geschmälert. Man könne nicht weiterhin die Grundsteuern erhöhen, da die Rentner dann nicht mehr über Mittel zum Bedienen der Geschäfte verfügen würden, was wiederum eine Verringerung der Gewerbesteuereinnahmen zur Folge hätte. Aufgrund der prognostizierten Zahlen müsse sich die Stadt auf geringere Einnahmen einstellen und auch darauf, dass man sich in Zukunft nicht mehr alle drei großen freiwilligen Brocken wie das Jugendzentrum, das Schwimmbad und das Bürgerhaus mehr leisten kann. Mittelfristig müsse eine dieser Einrichtungen aufgegeben werden.

RM Homfeldt hebt hervor, dass jedes Ratsmitglied die gleiche Verantwortung für die Zukunft der Stadt trägt und bittet die Ratsmitglieder Ottens, Just und Dr. Appel, Einsparungsvorschläge zu unterbreiten, um darüber politisch diskutieren zu können. Es sei unstrittig, dass Schortens mit einer Struktur lebt, die in Zeiten entstanden ist, als es der Stadt finanziell sehr gut ging. Alle Ratsmehrheiten hätten seit Ende der Olympia-Werke versucht, diese Struktur am Leben zu erhalten. Er teilt die Einschätzung seiner Vorredner, dass die Stadt an einem Punkt der Geschichte angelangt ist, an dem sich die Frage stellt, ob man sich diese Struktur in der Form und in der Fülle weiterhin leisten kann. Jedoch reiche es nicht aus, nur darauf hinzuweisen. Vielmehr müssten konkrete Vorschläge für eine politische Diskussion unterbreitet werden. Das kommende Jahr sollte der Rat dazu nutzen, in einen durchaus kritischen Dialog einzutreten, wie die Stadt in fünf, sechs, sieben Jahren aussehen soll und wie sie mit einer höheren Zinsbelastung und geringeren Steuereinnahmen klarkommen wird.

Man dürfe nicht vergessen, dass es nicht nur das Aqua-Toll und Sporthallen gibt, sondern auch Gehwege, Schulen und weitere Einrichtungen, die in den nächsten Jahren einen sehr großen Investitionsbedarf haben.

Zu den Personalkosten führt **RM Freygang** aus, dass u. a. die Schulsozialarbeit und die Kinderbetreuung von der breiten Mehrheit politisch unterstützt werden. Er unterstreicht, dass diese Angebote die Stadt liebens- und lebenswert machen. Bezug nehmend auf die Personalkosten in der Kernverwaltung gibt er zu bedenken, dass von der Verwaltung ein dezidiertes Personalkostenkonzept vorgelegt wurde. Jedoch müsse man neben den freiwilligen Leistungen auch die Tarifierhöhungen der vergangenen Jahre berücksichtigen, die nicht unerheblich waren. Es lohne sich nicht, immer auf den Personalkosten herumzuhacken. Die Verwaltung könne nur leistungsfähig sein, wenn das Personal so vorgehalten wird, wie es in dem Konzept vorgesehen ist.

RM Just erklärt, dass es nicht in erster Linie Aufgabe der Ratsmitglieder ist, Sparvorschläge zu machen, vielmehr sei dies Aufgabe der Verwaltung, die einen Auftrag erhalten muss.

Vor einem Jahr habe die Verwaltung den Auftrag erhalten, die Personalkosten auf 25 % zu senken und diesen habe sie nicht erfüllt.

Die Ratsmitglieder seien nicht im Detail gefordert, seine Gruppe trage jedoch gern Sparvorschläge bei. Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Prof. Dr. Appel zu den freiwilligen Leistungen teilt er mit, dass er das Jugend- und Familienzentrum in der jetzigen Form mit einem jährlichen Zuschussbedarf von 550.000 Euro für nicht notwendig hält. Hierzu geht er näher auf die Ausnutzung ein. Er spricht sich nicht für eine Schließung der Einrichtung aus, jedoch könne diese seines Erachtens überwiegend ehrenamtlich mit hauptamtlicher Unterstützung betrieben werden. Er nennt weitere Sparvorschläge, auf die seine Gruppe in der Vergangenheit hingewiesen hat, u. a. Verzicht auf die hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte, Verzicht auf die geplante Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten sowie Verzicht auf Sozialpädagogen an Grundschulen und auf Drittkräfte an Krippen, deren Kosten vom Land zu tragen wären.

Die BfB/UWG-Gruppe spricht sich gegen eine Schließung des Freizeitbades Aqua-Toll aus.

Es folgen Redebeiträge der Ratsmitglieder **Eggerichs, Just, Ottens, Borkenstein, Kindo, Labeschautzki, Ostendorf und Homfeldt.**

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

- 1. Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 werden beschlossen.**
- 2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2015-2017 wird beschlossen.**
- 3. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2014 wird beschlossen.**

Der Beschlussvorschlag wird mit 23 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

7.2. Festsetzung der kalkulatorischen Zinssätze 2014 – 2016
SV-Nr. 11//0889

VA Bohlen-Janßen trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

Der kalkulatorische Zinssatz für die Kostenrechnungen wird für die nächsten 3 Jahre, d.h. vom 01.01.2014 bis 31.12.2016, auf 4,49 % festgesetzt.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

8. Vorlage des Planungsausschusses vom 14.11.2013

8.1. Bebauungsplan Nr. 35 "Gewerbegebiet Heidmühle" **SV-Nr. 11//0893**

BOAR Kramer trägt den Beschlussvorschlag des Planungsausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Thiesing teilt mit, dass mit dieser Planung drei alte Bebauungspläne zu einem neuen zusammengefasst werden, um absehbaren Fehlentwicklungen zu begegnen. An der B 210 bestehe eine neue Situation, die sich aufgrund der Herabstufung im nächsten Jahr noch massiv ändern wird. Die alte B 210 wird in Zukunft diesen neuen Bebauungsplan erschließen und nicht mehr teilen. Das Nebeneinander von Wohnen, Einzelhandel und Gewerbe soll durch diesen Bebauungsplan planungsrechtlich gesteuert und gesichert werden. Das Sondergebiet „Restpostenmarkt“ wurde eingearbeitet und die Bauvorschriften auf beiden Seiten der alten B 210 angeglichen. In dem neuen Gewerbegebiet werde es keine Industrieflächen mehr geben, da hierfür mittlerweile Flächen im „JadeWeserPark“ zur Verfügung stehen. Er weist darauf hin, dass die bisherigen rückwärtigen Seiten der erschlossenen Gewerbegrundstücke, die zur B 210 alt gerichtet sind, künftig für Grundstückseigentümer und neue Investoren sehr interessant sein werden, da nach der Herabstufung von der jetzigen alten B 210 zu diesen Grundstücken die Zufahrt möglich sein wird. Für alles was dort bisher gebaut wurde und betrieben wird bestehe Bestandsschutz. Die örtlichen Bauvorschriften seien dringend erforderlich gewesen, um das Erscheinungsbild in diesem Eingangsbereich zu steuern.

Das sei aber erst der erste Schritt gewesen. Die meiste Arbeit entstehe in den nächsten Jahren. Dann wird die Frage zu beantworten sein, wie dieser Eingang nach Schortens in den nächsten 15 bis 20 Jahren aussehen soll.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag:

Der Bebauungsplan Nr. 35 "Gewerbegebiet Heidmühle", die Begründung und der Umweltbericht werden als Satzung beschlossen. Ferner werden die Abwägungsvorschläge im Wortlaut der Ziffern 1 - 8 beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

9. Vorlage des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus vom 20.11.2013

9.1. Änderung der Entgeltordnung für das Bürgerhaus Schortens **SV-Nr. 11//0908**

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport-, Kultur und Tourismus und des Verwaltungsausschusses vor.

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Bürgerhauses ((Saalmiete bei überörtlichen Parteiveranstaltungen, Vermietung von Mikrofonen) wird beschlossen. Über Befreiungsanträge bei Benefizveranstaltungen entscheidet der Verwaltungsausschuss im Einzelnen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

10. Vorlagen des Bau- und Umweltausschusses vom 27.11.2013

10.1. Satzung Eigenbetrieb Stadtentwässerung **SV-Nr. 11//0933**

StOAR Idel trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Bau- und Umweltausschusses und des Verwaltungsausschusses vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Satzung des Eigenbetriebes „Stadtentwässerung der Stadt Schortens“ wird unter Berücksichtigung des o. g. Beratungsergebnisses beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

10.2. 10. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) **SV-Nr. 11//0934**

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Bau- und Umweltausschusses und des Verwaltungsausschusses vor. Hintergrund ist eine Anpassung des Gebührensatzes der Niederschlagswasserbeseitigung anhand des tatsächlichen Verursacherprinzips.

RM Just teilt mit, dass den Ratsmitgliedern die Kalkulation zu dieser Gebührensatzung erst heute vorgelegt wurde. Seiner Auffassung nach ist diese Gebührenordnung nicht nutzergerecht. In Schortens gebe es drei Sorten versiegelter Flächen, und zwar Straßenflächen, für deren Entwässerung die Stadt aufkommt, Grundstücke, die an den Regenwasserkanal angeschlossen sind und für die eine Nutzergebühr gezahlt wird sowie anschlussfähige, aber nicht angeschlossene Grundstücke, auf denen verrieselt wird.

Es sei richtig, dass diese letztgenannten Grundstücke den Kanal heute nicht nutzen. Dennoch sei der Kanal auch für diese Grundstücke gebaut worden, da die Anschlussmöglichkeit jederzeit besteht. Die Infrastruktur sei also im Grunde für alle da.

Natürlich könne man diese Nutzergruppe von der Regenwassergebühr befreien, wenn man dies politisch möchte. Nur dann müsse die Allgemeinheit die Kosten dafür auch tatsächlich übernehmen. Bisher habe die Stadt diese Kosten, die eigentlich auf diese Grundstücke entfallen würden, übernommen. Mit der neuen Satzung würde sich dies zukünftig ändern. Die Kosten für die nicht angeschlossenen Grundstücke würden im Falle der Zustimmung einerseits auf die Straßenflächen der Stadt, andererseits auf die angeschlossenen Grundstücke verteilt werden.

Dies sei nicht in Ordnung. Wenn dies politisch gewünscht wird, müssten die Kosten der nicht angeschlossenen Grundstücke vollständig auf den städtischen Straßenanteil übertragen werden. Dies erfordere die Einführung einer gesplitteten Gebühr. Nach den Berechnungen des RM Just müsste statt einer Gebühr von 25 Cent/versiegeltem Quadratmeter eine Gebühr in Höhe von 15 Cent/versiegeltem Quadratmeter für die angeschlossenen Hausgrundstücke und in Höhe von 31 Cent/versiegeltem Quadratmeter für die Straßen erhoben werden. Hierbei würde es sich um eine sachgerechte Verteilung der Kosten handeln. Da dies bei der vorgenommenen Berechnung durch die Verwaltung nicht berücksichtigt wurde, müsse eine neue Berechnung erfolgen und hierüber erneut grundsätzlich diskutiert werden.

RM Kloß beantragt, die Vorlage für eine Beratung im Fachausschuss zurückzustellen.

BM Böhling wehrt sich gegen den Vorwurf, dass die Unterlagen erst heute vorgelegt wurden. Es sei richtig, dass einzelne Unterlagen heute auf Nachfrage vorgelegt wurden. Da die gesamten Beratungsunterlagen jedoch bereits zur Beratung im Fachausschuss vorgelegen haben, hätte ein etwaiger Bedarf schon seinerzeit und nicht erst am Tag der Ratssitzung angemeldet werden können. Er betont, dass es sich um einen rechtlich einwandfreien Beschlussvorschlag handelt.

Auf Nachfrage des RM Borkenstein teilt BM Böhling mit, dass grundsätzlich nichts dagegen spricht, die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt zu vertagen. Die Gebührenerhöhung könne dann jedoch nicht wie geplant zum 01.01.2014 in Kraft treten, da ein rückwirkendes Inkrafttreten rechtlich nicht möglich ist.

StOAR Idel weist darauf hin, dass eine rechtliche Prüfung erfolgt ist.

RM Kloß zieht ihren Antrag zurück.

Anschließend lässt **RV Fischer** über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen.

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 02.07.1998, zuletzt geändert am 13.12.2012, wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird mit 28 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

RM Zabel hatte während der Abstimmung den Sitzungsraum verlassen.

11. Bildung eines Ratsausschusses - Betriebsausschuss
Stadtentwässerung **SV-Nr. 11//0935**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

1. **Der Betriebsausschuss „Stadtentwässerung der Stadt Schortens“ wird gebildet.**
2. **Die Zahl der Ausschussmitglieder wird mit 9 festgelegt.**
3. **Auf Grundlage der Stärke der Fraktionen/ Gruppen im Rat der Stadt Schortens wird folgende Sitzverteilung festgestellt:**
 - **SPD-FDP-Gruppe** **4 Sitze**
 - **CDU-Fraktion** **2 Sitze**
 - **Bündnis90/ Die Grünen-
Anne Krüger-Anja Kindo-Gruppe** **2 Sitze**
 - **BfB-UWG-Gruppe** **1 Sitz**
4. **Folgende Ausschussmitglieder und VertreterInnen werden auf Vorschlag der Fraktionen/ Gruppen benannt und festgestellt:**

Ordentliches Mitglied	Stellvertretung
Peter Eggerichs	Karl Zabel
Michael Fischer	Hans Müller
Elfriede Schwitters	Thomas Labeschautzki
Anne Bödecker	Manfred Buß
Frank Vehoff	Ralf Thiesing
Thomas Eggers	Bernhard Jongebloed
Anja Kindo	Anne Krüger
Martin von Heynitz	Frank Michael Stubenhöfer
Horst Herckelrath	Prof. Dr. Hans Günter Appel

Es wird festgestellt, dass die jeweiligen VertreterInnen einer Fraktion oder Gruppe sich gegenseitig vertreten.

12. Zuteilung Ausschussvorsitze **SV-Nr. 11//0939**

Die Fraktionen/Gruppen benennen nach dem Höchstzahlverfahren die Ausschüsse, deren Vorsitz sie beanspruchen und bestimmen den/die Ausschussvorsitzende/n einschließlich StellvertreterIn:

Schul-, Jugend- und Sozialausschuss:

Ausschussvorsitz: Susanne Riemer

StellvertreterIn: Dörthe Kujath

Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus:

Ausschussvorsitz: Anne Krüger
StellvertreterIn: Frank Michael Stubenhöfer

Finanz- und Wirtschaftsausschuss:

Ausschussvorsitz: Horst-Dieter Freygang
StellvertreterIn: Axel Homfeldt

Planungsausschuss:

Ausschussvorsitz: Michael Fischer
StellvertreterIn: Thomas Labeschautzki

Bau- und Umweltausschuss:

Ausschussvorsitz: Thomas Eggers
StellvertreterIn: Bernhard Jongebloed

Freizeitbadausschuss:

Ausschussvorsitz: Janto Just
StellvertreterIn: Prof. Dr. Hans-Günter Appel

Betriebsausschuss Stadtentwässerung:

Ausschussvorsitz: Peter Eggerichs
StellvertreterIn: Anne Bödecker

13. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 10.12.2013

13.1. Benennung hinzugewählter Mitglieder für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss **SV-Nr. 11//0942**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss werden gemäß § 71 Abs. 7 NKomVG folgende hinzugewählte Mitglieder benannt:

I. Jugendausschuss

1. Frau Yvonne Hasselberg als Jugendsprecherin
2. Herr Sören Janssen als stv. Jugendsprecher
3. Frau Sonja Rüdibusch als Vertreterin der TrägerInnen der freien Jugendhilfe
4. Herr Joachim Störmer als stv. Vertreter der TrägerInnen der freien Jugendhilfe

II. Schulausschuss

1. Herr Dirk Heuer als Vertreter des Stadtelterrates der Schulen
2. Frau Annett Degebrot als stv. Vertreterin des Stadtelterrates der Schulen

Die Änderungen werden so festgestellt.

- 13.2. 3. Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Schortens
SV-Nr. 11//0948

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 3. Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Schortens wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 13.3. Verwaltungs- und Organisationsgutachten der KGSt zur Kooperation zwischen der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland; Antrag der SPD-FDP-Gruppe vom 08.11.2013 **SV-Nr. 11//0951**

RM Borkenstein teilt mit, dass die Gruppe den Antrag zu einem Zeitpunkt gestellt hat als noch nicht bekannt war, dass seitens des Oberzentrums Wilhelmshaven kein Interesse an einem Beitritt in die kommunale Familie Friesland besteht.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung habe in der Gruppe großer Beratungsbedarf, insbesondere hinsichtlich der Kreisumlage, bestanden. Inzwischen sei aber klar, dass es ohne eine Order aus Hannover keine Einkreisung geben wird. Ergänzend geht er näher auf die Beratung und Argumente der Gremien der Stadt Wilhelmshaven ein. Die Entwicklung bedauert er.

Da seine Gruppe keinen Beratungsbedarf mehr sieht, zieht RM Borkenstein den Antrag zurück.

14. Benennung von VertreterInnen für die Gesellschafterversammlung der Kommunalen Netzbeteiligung GmbH&Co.KG (KNN) **SV-Nr. 11//0950**

StOAR Idel bittet die Fraktionen und Gruppen um Vorschläge.

RM Borkenstein schlägt für die SPD-FDP-Gruppe als Vertreterin Anne Bödecker vor.

RM Thiesing schlägt für die CDU-Fraktion Axel Homfeldt als Stellvertreter vor.

RM von Heynitz schlägt für die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen - Anne Krüger - Anja Kindo“ als Vertreter Wolfgang Ottens vor. Er beantragt eine geheime Wahl.

Dem Antrag wird zugestimmt.

Zur Schriftführerin wird die Protokollführerin Ingrid Eggers und zu Stimmzählerinnen die Ratsmitglieder Dörthe Kujath und Melanie Sudholz benannt.

Zur Vorbereitung der Wahl erfolgt eine Sitzungsunterbrechung mit einer Dauer von fünf Minuten.

Nach durchgeführter Wahl wird folgendes Ergebnis festgestellt:

Für die Bewerberin Anne Bödecker wurden 22 Stimmen und für den Bewerber Wolfgang Ottens 11 Stimmen abgegeben. Es wurde eine ungültige Stimme abgegeben. Somit ist die Bewerberin Anne Bödecker gewählt.

RV Fischer lässt anschließend über den genannten Vorschlag für den Stellvertreter abstimmen.

Da für die Stellvertretung lediglich ein Vorschlag vorliegt, wird hierüber offen abgestimmt.

Als Stellvertreter wird bei 3 Stimmenhaltungen Axel Homfeldt gewählt.

15. Anfragen und Anregungen:

- 15.1. RV Fischer bedankt sich bei den Ratskolleginnen und -kollegen für die sachliche, manchmal aber auch sehr emotionale Diskussion im Stadtrat in diesem Jahr. Der Rat habe auch nicht einfache Beschlüsse fassen müssen, u. a. zu den Themen Aqua-Toll, Kramermarkt, Sportplatzsanierung, Eigenbetrieb Abwasser und Bebauungsplan „Burfenne“. Im Jahr 2014 fanden insgesamt 144 Fraktions- und Gruppensitzungen und 82 Ausschusssitzungen statt.

Nichtöffentlicher Teil: